

Wünsch Dir was

Parteiprogramme und Parteitagebeschlüsse sind Wunschvorstellungen, Maximalforderungen, die nie Realität werden können. Da Alleinregierungen ausgeschlossen sind, wird es immer Kompromisse geben müssen. Angesichts dieser Erkenntnis hat die SPD einiges in der Koalition mit der Union erreicht. Das Entgegenkommen hat nun aber offenbar ein Ende. Der Kredit sei aufgebraucht, sagte heute Morgen im InfoRadio der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, **Ralph Brinkhaus**. Auf die Frage des Moderators, was man aber der „Neuen“ SPD bieten könne, damit sie in der GroKo bleibt, folgte die schroffe Absage von Brinkhaus: „Wir müssen denen gar nichts bieten können.“ Schließlich habe man nach den Vorsitzwechseln in der Fraktion sowie CDU und CSU auch nicht den Koalitionsvertrag neu verhandeln wollen.

Programme und Beschlüsse der Parteien sind wichtig, damit die Wähler eine Orientierung haben. Mehr aber auch nicht. Die Linke kann so oft wie sie will beschließen, dass Berlin eine sozialistische Stadt und Wohnungskonzerne enteignet werden sollen. Es wird nicht geschehen. Auch können die Grünen wollen, dass alle Autos aus der Stadt verschwinden, es wird nicht passieren. Die Parteien sollten mit ihren Maximalforderungen vorsichtig sein und die Realität im Auge behalten. Ständig etwas zu fordern, dass nie umgesetzt werden kann, könnte den geneigten Wähler ermüden.

Vermögenssteuer, Schuldenbremse, Bürgergeld, Klimapaket, Mindestlohn. Die SPD hat auf ihrem Parteitag vom 6. bis 8. Dezember die Latte sehr hochgelegt. Niemand aus der Union wird über dieses Stöckchen springen, bestenfalls unten durchlaufen. „Gespräche führen“ heißt das neue Wort für Verhandeln bei der SPD. Die Unionspolitiker werden sich auf die Schenkel geschlagen haben. Man darf gespannt sein, wie das neue Duo ihren Fans erklären will, dass sich die Union entweder gar nicht oder nur minimal bewegt. Wie sagte Herr Brinkhaus so treffend? Der Kredit ist aufgebraucht. Dann werden die Rufe lauter, nicht GroKo-Aus am Nikolaus, sondern Weihnachten ist GroKo-Schlachten.

Was auch passiert, die Union hat jede Regierungsoption, die SPD kaum noch eine, nicht mal mehr als Juniorpartner von AKK und Söder. 30% prognostiziert Frau Esken ihrer Partei, ein unerreichbares Ziel, demzufolge ziemlich peinlich. Es gibt zwei Umfragen vom Wochenende, die unterschiedlicher für die SPD nicht sein können und andere Zahlen bieten. Emnid befragte 1.876 Wähler zwischen dem 28. November und 4. Dezember, also während der Verkündung des

Abstimmungsergebnisses der SPD-Mitglieder, und bewertet die Partei mit 16%. Vom 2. bis 6. Dezember fand die Umfrage von Forsa unter 2.502 Wählern statt, mit dem Ergebnis, dass die SPD nur noch 11% auf die Waage bringt. In beiden Umfragen erreicht die Union 28%, die Grünen 20 bzw. 22%.

Natürlich hat sich die SPD an den drei Tagen ausführlich mit ihrer Programmatik beschäftigt, das konnte man bei Phoenix live miterleben. Das Personal stand aber mindestens gleichbedeutend auf der Tagesordnung. Dass **Norbert Walter-Borjans** und **Saskia Esken** gewählt werden, stand außer Frage. Beachtlich nur der Unterschied von 89,2 (NoWaBo) zu 75,9 Prozent für Esken. Um eine offene Konfrontation zwischen **Kevin Kühnert** und **Hubertus Heil** um einen der Vize-Posten zu vermeiden, indem man die Zahl der Stellvertreter einfach erhöht und beide wählt, ist Kuschel-Demokratie. Weniger kuschelig ging es bei den Beisitzern zu Sache. Möglichst sollen sich alle Gliederungen und Landesverbände im Vorstand wiederfinden. Die großen Landesverbände, allen voran NRW und Hessen, entscheiden aber die Wahlen. Bei Personalentscheidungen gibt es keine Solidarität in der SPD. Dass **Ralf Stegner**, die kritische Stimme aus dem Norden, durchfiel, war spätestens dann abzusehen, als ein Telefonat bekannt wurde, indem sich ein Youtuber als NoWaBo ausgab, und frech fragte, ob sich Steger vorstellen könne, **Olaf Scholz** zu ersetzen. Dass Stegner zusagte und keinen Verdacht schöpfte, ist nicht zu glauben.

Dass der relativ kleine Landesverband Berlin kein großes Mitspracherecht hat, ist klar. **Kevin Kühnert** und **Franziska Giffey** gehören dem neuen Bundesvorstand als Mitglieder des Berliner Landesverbandes an. Dass für einen dritten, auch wenn es der Senats- und Parteichef ist, keinen weiteren Sitz gibt, war absehbar. Umso unverständlicher, dass **Michael Müller** kandidiert hat. Er fiel im ersten Wahlgang durch und trat im zweiten nicht mehr an. Die Berichterstattung in den Medien hätte sich Müller ersparen können, schließlich ist nur einer von sieben SPD-Ministerpräsidenten im Bundesvorstand, nämlich Brandenburgs **Dietmar Woidke**. Die Hauptstadtregion ist also vertreten. Grins.

Im Newsletter des Tagesspiegels steht süffisant: „Heute wünschen wir dem Regierenden bei all den Nerven, die Politik, SPD und Berlin immer wieder kosten, einen sorgenfreien und erholsamen Tag. Team Checkpoint gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag.“ Ziemlich verlogen, denn der Tagesspiegel lässt keine Gelegenheit aus, Müller, der heute gemeinsam mit **Hape Kerkeling** 55 Jahre alt wird, ans Bein zu pinkeln und ihn abwertend nur den „Regiermeister“ nennt. Wir hingegen gratulieren ehrlich!!!

Ed Koch